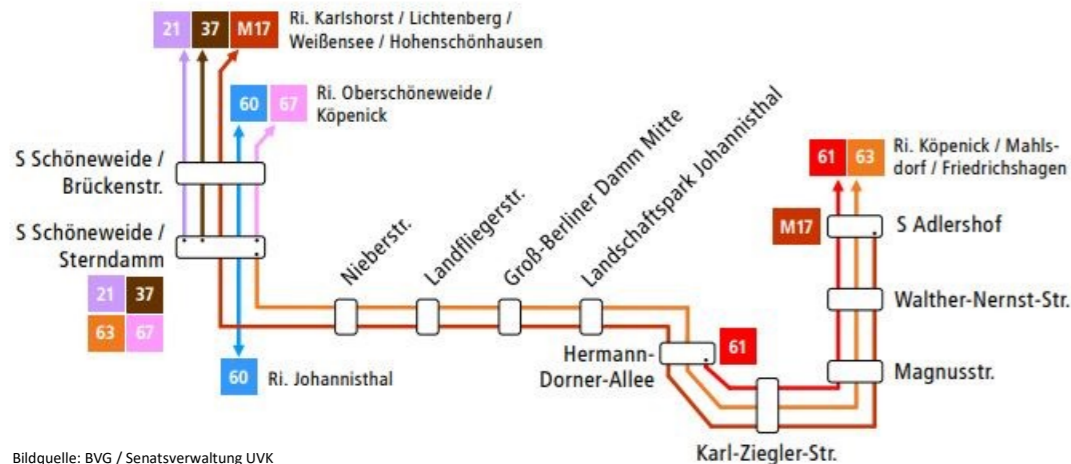


Es geht los: Die Straßenbahn wird verlängert!

Verkehrseinschränkungen für den Autoverkehr



Bildquelle: BVG / Senatsverwaltung UVK

Am 18. Mai fand der erste symbolische Spatenstich für den Neubau der Straßenbahnstrecke mit dem Namen „Adlershof II“ statt. Eine Verbindung auf die wir schon lange warten. Diese Neubaustrecke wird Schöneweide und Adlershof verbinden und damit auch die Wohngebiete und Gewerbebetriebe rund um den Groß-Berliner Damm besser an den Bahnverkehr anschließen.

Besonders erfreulich ist, dass die 2,7 Kilometer lange Strecke zu 90% auf einem Rasengleis fahren wird und die fünf neuen Haltestellen barrierefrei sein werden. In der Hauptverkehrszeit werden die Straßenbahnen im 5-Minutentakt verkehren und so für eine ausgezeichnete Anbindung sorgen.

Massive Verkehrseinschränkungen in der Bauphase

Der Bau der neuen Strecke bedeutet aber auch, dass an der Kreuzung Groß-Berliner-Damm/Sterndamm/Südostallee eine neue Großbaustelle entsteht. Die Straßenbahn

wird in die Mitte des Sterndamms verlegt. Hierzu müssen die Leitungen (Wasser, Strom, etc.) aus der Mitte der Straße verlegt werden. Denn über solchen Leitungen dürfen keine Schienen liegen. Erst wenn diese Leitungen neu verlegt worden sind, können die neuen Gleise gebaut werden. Dieser Umbau ist notwendig. Denn nur so können auch bei uns die neuen und langen Straßenbahnen fahren.

Sobald die Ampel am Sterndamm Ecke Südostallee umgestellt ist, wird man unter den Brücken am Bahnhof Schöneweide nur noch in Richtung Schöneweide fahren können. Wer dann mit dem Auto nach Johannisthal fahren möchte, muss die Umfahrung über die Südostallee oder Adlershof nehmen. Dies bedeutet natürlich eine große Einschränkung. Staus und werden nicht zu vermeiden sein.

12700 Fahrgäste am Tag erwartet

Wenn im Rahmen des Umbaus des Bahnhofes Schöneweide noch einmal die Wendeschleife der Straßenbahn angefasst wer-

den muss, wird es nicht zu erneuten Bauarbeiten an der neuen Straßenbahnstrecke sowie an der Kreuzung kommen.

Nach Vollendung der Strecke im September 2021 werden wir alle von dieser profitieren. Die Schätzungen gehen davon aus, dass jeden Tag 12700 Fahrgäste die neue Strecke benutzen werden. So gibt es dann für alle Menschen, die entweder im neuen

Wohngebiet in Adlershof wohnen und Richtung Innenstadt oder aber nach Adlershof zur Arbeit wollen, eine hervorragende Alternative.

Bedauerlich ist, dass unsere neue Straßenbahnlinie die einzige bleiben wird, die in dieser Legislatur fertig wird. Die Pläne der Senatsverwaltung für Verkehr versprochen anderes.

Ein Schrecken ohne Ende?

Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide wird nicht fertig

Langsam kann man sich ja gar nicht mehr daran erinnern, dass der Fußgängertunnel unter der Michael-Brückner-Straße jemals geöffnet war. Seitdem es im Dezember 2016 zu einem Brand kam, ist der Tunnel sowohl oberirdisch, als auch unterirdisch ein Schandfleck.

Nachdem zwei Ausschreibungen für eine Komplettinstandsetzung kein Ergebnis brachten, hat die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr die Leistungen einzeln vergeben. Zugleich wurden immer neue Schäden am Tunnel gefunden. Die Kosten für die Instandsetzung haben sich mittlerweile drastisch erhöht. Vor 2 Jahren wurden von 210.000€ ausgegangen. Nun sol-

len es schon 330.000€ werden. Die Wiedereröffnung des Tunnels ist für das 3. Quartal 2020 anvisiert.

Was mich an dieser Posse besonders ärgert ist, dass es ganz am Anfang die Zusage von der Senatsverwaltung für Verkehr gab, einen Umbau zum Fahrradparkhaus zu prüfen. Doch diese Zusage des damaligen Staatssekretärs war leider nichts wert. So wird der Tunnel auch in Zukunft viel Geld für die Pflege und Instandhaltung verschlingen. Zugleich ist das Ende des Tunnels absehbar. Voraussichtlich 2025 wird der Tunnel gänzlich überflüssig werden, denn dann soll oberirdisch eine weitere Fußgängerampel errichtet sein.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Sprechstunde

Mittwochs, 14:30 - 16:30
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 2. Quartal/2020

Keine Zerschlagung der S-Bahn Berlin!

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

dass zwei von drei Teilbereichen der Berliner S-Bahn ausgeschrieben werden müssen, sieht das Wettbewerbsrecht leider vor. Die Ausschreibung selbst konnte die SPD nicht verhindern. In den letzten Jahren wurde aber hart um die Ausschreibungsbedingungen gekämpft. Denn für die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus steht fest, dass unsere S-Bahn nicht zerschlagen werden darf. Wir wollen ein Netz aus einer Hand. Dem gegenüber stehen die Berliner Grünen, welche ganz offen das Ziel verfolgt haben, dass die beiden nun ausgeschriebenen S-Bahnteile nicht mehr durch die derzeitige S-Bahn Berlin GmbH, eine Tochter der DB AG, betreiben werden.

Bei diesem Streit fühlte ich mich immer wieder an die Zeiten von vor 20 Jahren erinnert, als in der Politik die Überzeugung herrschte, dass der Markt und der Wettbewerb alle Probleme lösen. Der Blick in andere Bundesländer zeigt uns aber, dass dies so wie damals schon falsch ist. Die nun vorliegenden Ausschreibung sieht vor, dass sich Unternehmen für die Fahrzeuglieferung/Instandhaltung sowie für den Fahrbetrieb bewerben können.

Die künftigen Verträge über den Betrieb haben eine Laufzeit von 15 Jahren, die Verträge zur Instandhaltung dagegen von 30 Jahren, womit die Qualität der Fahrzeuge gesichert wird. Hierbei war uns wichtig, dass sich ein Unternehmen auch auf alle Bereiche gleichzeitig bewerben kann. Die S-Bahn Berlin GmbH ist in allen Bereichen der Experte. Somit setzen wir darauf, dass dieses Unternehmen das mit Abstand beste Angebot unterbreiten wird.

Der größte und entscheidende Streitpunkt waren die Arbeitsbedingungen. Die SPD will, dass die Belegschaft auch bei einem neuen Unternehmen das gleiche Gehalt sowie nach dem gleichen Tarifvertrag bezahlt werden würde. Sonst würde wohl genau das passieren, was auch schon in anderen Bundesländern passiert ist: Dank eines Billigangebotes zulasten der Belegschaft gewinnt ein neues Unternehmen, findet dann aber aufgrund der Billiglöhne kaum Personal und der Betrieb bricht zusammen. Für mich persönlich ist weiterhin ganz klar: Wenn das Ausschreibungsergebnis zu einer Zerschlagung führt, werde ich nicht zustimmen!

Ihr Lars Düsterhöft

Die Corona-Pandemie schlägt voll durch

Steigende Arbeitslosenzahlen und eine neue Rekordverschuldung



Bildquelle: Thorben Wengert / pixelio.de

Am Anfang stürzte uns der neuartige Corona-Virus in eine Gesundheitskrise. Es galt schnell Schutzmaterialien zu besorgen, die Zahl der Intensivbetten massiv zu erhöhen und die Pandemie zu stoppen. Doch die Gesundheitskrise ist noch lange nicht überwunden, wir haben die Situation aber besser unter Kontrolle. Innerhalb von nicht einmal drei Monaten sind aus der Gesundheitskrise jedoch eine Wirtschaftskrise und eine Arbeitsmarktkrise entstanden, deren Auswirkungen wir bisher noch nicht abschätzen können.

Mehr als nur steigende Arbeitslosenzahlen

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen lässt jedoch nichts Gutes erwarten. Ende Juni waren im Vergleich zum Vorjahr 56.000 Berlinerinnen und Berliner zusätzlich erwerbslos. 56.000 Familien sorgen sich um ihre Zukunft. Ebenso sind es über 17.000 Jugendliche, deren Arbeitsleben doch erst gerade beginnen soll. Unsere Aufgabe als

Politikerinnen und Politiker ist es diesen Menschen Hoffnung zu geben und dafür zu sorgen, dass sie möglichst unbeschadet durch die Krise kommen. Ganz konkret machen dies die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit, in den Berliner Jobcentern sowie in der Jugendberufsagentur. Diesen möchte ich ausdrücklich danken. Sie sichern mit ihrer Arbeit den sozialen Frieden in unserer Stadt und sorgen dafür, dass unser Sozialsystem möglichst passgenau hilft.

Unsere Aufgabe muss es auch sein, den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten und dafür zu sorgen, dass möglichst wenige von den über 388.000 seit März in Kurzarbeit gemeldeten Menschen in die Erwerbslosigkeit geschickt werden müssen.

Wirtschaftshilfen um Arbeitsplatz zu retten

In den letzten Wochen und Monaten ging es darum die Wirtschaft zu stützen, Kredi-

te und Zuschüsse zu gewähren und dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft nicht zusammenbricht. Hier haben die Bundesregierung und der Berliner Senat in den letzten Wochen Hervorragendes geleistet! Noch nie wurden so schnell so große und umfangreiche Programme aufgelegt und umgesetzt. Diese Ausgaben in Verbindung mit einbrechenden Steuereinnahmen stellen uns jedoch vor riesige finanzielle Herausforderungen.

Berlin nicht erneut kaputt sparen

Wichtig ist es nun, weit über den Tag hinauszudenken und entschlossen zu handeln. Mit einer antizyklischen Konjunkturpolitik wollen wir dafür sorgen, dass Ar-

beitsplätze erhalten bleiben, wir in unsere Wirtschaft investieren und Berlin für die Zukunft gut aufstellen. Kurzfristig Investitionen und Personalausgaben zu kürzen ist der falsche Weg.

Ziel unseres Handelns ist es, dass unsere Verwaltung und Wirtschaft weiterhin handlungsfähig bleiben. Die jetzt entstandenen Kosten für das Land Berlin werden wir mit 6 Mrd. Euro neuen Schulden begleichen.

Auch werden wir auf Kürzungen in den Bezirkshaushalten verzichten. Eine gute finanzielle Ausstattung der Bezirke ist elementar. Wir können es uns nicht leisten, Berlin erneut kaputt zu sparen!

Der Berliner Landesmindestlohn steigt auf 12,50€

Langer Kampf für einen fairen Mindestlohn

Lange, viel zu lange, galt in Berlin noch der Landesmindestlohn von 9€, während der gesetzliche Mindestlohn schon lange deutlich höher war. Der Landesmindestlohn gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Berliner Verwaltung, der landesunmittelbaren öffentlich rechtlichen Körperschaften (beispielsweise BVG), Anstalten und Stiftungen, der Hochschulen, der Gerichte des Landes Berlin, des Abgeordnetenhauses, des Rechnungshofs und des Berliner Beauftragten für Datenschutz. Gleiches galt für den Vergabemindestlohn. Dieser sagt, wie hoch die Löhne mindestens sein müssen, wenn das Land Berlin Aufträge vergibt.

Im April hat, auf Initiative der SPD-Fraktion, das Abgeordnetenhaus endlich den neuen Landesmindestlohn von 12,50€ beschlossen. Gleiches gilt für den

Vergabemindestlohn. Diesen Schritt wollten wir bereits vor über einem Jahr gehen. Jedoch verzögerte sich diese Erhöhung aufgrund des Widerstandes der Grünen. Diese wollten einen Mindestlohn von 10,50€.

Gerade in Anbetracht der massiven Wirtschaftskrise ist es gut, dass der Landesmindestlohn nun erhöht wird. Damit bekommen tausende Berlinerinnen und Berliner in Zukunft einen höheren Lohn. Dies betrifft besonders Menschen mit einem geringen Verdienst. Diese gehören zugleich zu denjenigen, die ein zusätzliches Einkommen nicht nur auf dem Konto parken werden. Die Kaufkraft wird also deutlich erhöht. Zugleich müssen in Zukunft weniger Menschen ergänzende Leistungen beim Jobcenter beantragen. Ich bin froh und stolz, dass ich an diesem Beschluss mitarbeiten und ihn miterstreiten durfte.

Pflegereform anstelle einmaliger Prämien

Plötzlich ist die Pflege systemrelevant



„Systemrelevant“ könnte das Wort des Jahres werden. In der Krise merken wir, worauf es ankommt. Schnell gab es seitens eines bayrischen Politikers das Versprechen einer Prämie. Andere Bundesländer zogen nach. Nun soll es eine Prämie von bis zu 1500€ für alle Pflegekräfte geben.

Diese Prämie ist natürlich berechtigt. Zugleich löst sie kein Problem. Denn die Bedingungen in der Kranken- und Altenpflege sind nicht erst seit Corona herausfordernd. Zugleich arbeitet nur ein sehr kleiner Teil der Beschäftigten tatsächlich direkt an von Covid-19 betroffenen Menschen. Wenn Pflegekräfte heute „systemrelevant“ sind, dann waren sie das schon immer! Eine Prämienzahlung für Pflegekräfte ist eine symbolische Geste. Doch wir brauchen grundsätzlich höhere Löhne in der Pflege. So kann eine Pflegehilfskraft beim derzeitigen Pflegemindestlohn nicht auf eine auskömmliche Rente

hoffen. Unglaublich, wenn man daran denkt, was diese besonderen Menschen tagtäglich leisten. Deshalb müssen wir über eine umfassende Reform der Finanzierung der Pflege nicht nachdenken, sondern diese endlich vornehmen! Dies setzt voraus, dass es neben deutlich besseren Löhnen auch mehr Geld im System geben muss. Hierzu müssen die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen. Ebenso brauchen wir eine Antwort darauf, was ein Unternehmen in der Pflege unterm Strich verdienen darf. Früher war die Pflege eine Goldgrube. Diese Zeiten sind lange vorbei.

Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass die Pflegeberufe in den Fokus gerückt werden. Wenn diese Aufmerksamkeit verschwunden ist, braucht es Politikerinnen und Politiker, die sich für dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung einsetzen. Dafür stehe ich.